

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Tobaccostraße 6.
Sprechstunden der Redaction:
Bismarckstr. 10-12 Uhr.
Nachmittags 5-6 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Strass, Bismarckstr. 1.
Rauhe Straße,
Bismarckstr. 23 par. und Bismarckstr. 7,
nur bis 1/2 5 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Abonnementpreis
vierteljährlich 4 1/2 RT.
Incl. Briefporto 5 RT., durch die Post
bezogen 6 RT. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
(in Leinwandformat gedruckt)
ohne Belegblätter 50 RT.
mit Belegblätter 70 RT.
Interale 6 gezeichnete Beiträge 20 Pf.
Größere Beiträge laut auf. Belegblätter
Zusätzliche 2. Hefen nach beliebigem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsdruck die 4. Spalte,
Seite 60 Pf., vor den Familienanzeigen
die 6. Spalte Seite 40 Pf.
Zuletzt sind dies an die Expedition zu
senden. — Reclat wird nicht gegeben,
Belohnung pro numerando oder durch Post
nachzuholen.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 292.

Sonnabend den 19. October 1889.

83. Jahrgang.

Bur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 20. October,
Vormittags nur bis 1 1/2 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
Die diesjährige Michaelismesse eröfnet mit dem
19. October.
In diesem Tage sind die Buden und Stände auf den
Wiesen der inneren Stadt bis 4 Uhr Nachmittags voll-
ständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des
20. October zu entfernen.
Die auf dem Augustplatz und auf dem Offent-
lichen Wiesen und Plätzen der Vorstadt befindlichen
Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 19. October
zu räumen und in der Zeit vom 21. bis 24. October, jedoch
lediglich während der Tagesstunden von 6 Uhr Morgens bis
7 Uhr Abends, abzubauen und wegzuschaffen.
Vor dem 21. October darf mit dem Abbruch der Buden
und Stände auf dem Augustplatz nicht begonnen werden.
Dagegen ist es gestattet, Buden und Stände auf dem
Königsplatz, welche vor Beendigung der Messe leer werden,
früher, jedoch nicht am Sonntag, den 20. October, ab-
zubauen und wegzuschaffen, dessen nicht dadurch Störung
des Verkehrs oder Beschädigung des Geschäfts in den
benachbarten Buden herbeigeführt wird.
Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Stände auf
dem Königsplatz und Augustplatz, sowie diejenigen Stände
aufzuheben, an welchen nur Lebensmittel feilgehalten
werden, noch am 20. October geöffnet zu halten. Die
Stände, welche am 20. October geschlossen werden, sind
den 21. October bis Abends 10 Uhr des 20. October,
bisherigen Buden oder Ständen, während der Tagesstunden
von 6 bis 7 Uhr Abends, abzubauen und wegzuschaffen.
Der 25. October Abends 8 Uhr abzubauen und von den Wiesen
zu entfernen.
Zweiterhandlungen gegen diese Vorschriften, für deren
Befolgung beziehentlich auf die betreffenden Stadtmagister
oder Bauamtsverwalter verantwortlich sind, werden mit
Geldstrafe bis zu 150 M. oder entsprechender Haft geahndet.
Widrigkeiten haben Schwärze auf die Obrigkeit wegen zu
verhängender Bezahlung der Buden zu je gewärtigen.
Leipzig, den 14. October 1889.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gemein.
IX. 6777.

Bekanntmachung.

In neuester Zeit sind wiederholt mit Brennstoffen gefüllte
Luftballons, insbesondere Feuerwerk-Luftballons,
hier zur Verwendung gekommen und hierbei nach ergangener
Anzeige bei dem Hubschiffen derselben auf den benachbarten
Gebäuden Getreidekörnern der Gefahr der Anzündung aus-
gesetzt gewesen.
Es wird deshalb das bereits in unseren Bekanntmachungen
vom 29. Juli 1874 und 28. August 1879 erlassene Verbot,
das Entzündliche mit Brennstoffen gefüllten Luftballons,
in Erinnerung gebracht und darauf hinzuwirken, daß solche
auch auf die Feuerwerkballons sich erstreckt.
Verletzungen dieses Verbotes werden mit Geldstrafe bis
zu 60 M., bez. mit entsprechender Haftstrafe geahndet.
Leipzig, den 14. October 1889.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gemein.
X. 6520/89.

Vertheigerung.

Die auf beiden Seiten der Lindenauer Chaussee
aufstehenden Gassen sollen
Montag, den 21. des Mts.,
Vormittags 9 Uhr
auf dem Stabe gegen sofortige Baarzahlung und
unter dem Vorbehalt zu nachstehenden Bedingungen in
Pacten zu je 5 Stück öffentlich veräußert werden.
Sammlort: Beim Frankfurter Thorhau.
Leipzig, den 12. October 1889.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gemein.
IX. 4916.

Bekanntmachung.

Das Kaiserliche Patent zum Patente der Kraftlocherung
folgender am 19. April 1883 zur Bekanntmachung am 1. Juli 1888
ausgelassener Patentschriften der Deutschen Reichs-
patentamt.
Lit. C. No. 4178, Litt. D. No. 10065 und 24184
über je 100 Exemplare.
Es ergeht mit dem auf den 12. Januar 1892 Vormittags 11 1/2 Uhr
vor dem unterzeichneten Gerichte anzuweisende Termin ausgeschrieben
werden.
Leipzig, den 12. October 1889.
Königliches Amtsgericht.

Englands internationale Stellung.

England befindet sich gegenwärtig in einem Uebergangs-
stadium, es hat mit dem Grundgedanken der Nichtanerkennung
in die Angelegenheiten des europäischen Festlandes getreten,
weil sich aber in seiner neuen Lage noch nicht ganz zurecht
gefunden hat. Der politische Gegensatz zwischen England und
Frankreich tritt deshalb jetzt wieder stärker hervor, als
längere Zeit hindurch geschwiegen ist, und besonders gefühl-
voll hervortritt, wenn man sich die Lage der Angelegenheiten
darin, mit Frankreich zu vergleichen und den Druck
darauf zu beschreiben. Es hat in England stets eine feste
Partei gegeben, welche größere Ansprüche für die Weltmacht
für unbillig hält, weil sie sich auf den Standpunkt stellt,
daß Englands Herrschaft völlig genügt, wenn sie so groß ist,
daß damit die Colonialmacht erreicht werden können. Die
Rückkehr des Parlamentes hat sich in neuester Zeit jedoch von
der Unhaltbarkeit dieses Standpunktes überzeugt, nachdem sie
eingesehen hat, daß England wohl auch in die Lage kommen
kann, sich gegen einen Angriff zur See verteidigen zu
müssen. Die letzten Statements haben den Beweis ge-
liefert, daß die englischen Küstenbefestigungen hinreichend für
alle Fälle ausreichen, und deshalb wird die von der Regie-
rung beantragte und vom Parlament genehmigte bedeutende
Vermehrung der Flotte als eine unzeitliche Maß-
regel betrachtet.

Seit es ist als die Politik des Ministeriums Salisbury
vorgelassen, aber es ist nicht an sich, welche eine größere
Burdhaltung dem Deutschen gegenüber als nachherdortlich
ansieht und deshalb mehr auf die Seite der Gladston'schen
Politik der Nichtanerkennung stehen. Gladstone ist in der
Wahl der Mittel, um nachher die Leitung der englischen
Regierung in die Hand zu bekommen, nicht vollständig und
unerschütterlich, es ist deshalb nicht, sich um die Zweck-
mäßigkeit zu bemühen, wie er bei seiner unzeitlichen Anwesenheit in Paris
in ganz anderer Weise gesehen hat. Wir haben bereits die
einer früheren Gelegenheit nachgewiesen, wie wenig der
in Paris von Gladstone gehegte Wunsch, daß er während
seiner jährlichen Ausreise als Minister die stets richtige
und richtige Haltung der französischen Regierung zeigen
gelingt habe, mit den Umständen übereinstimmend. Es würde
sich auch bald zeigen, wenn es Gladstone wirklich wieder einmal
gelingen sollte, das Ministerium Salisbury zu führen und
dessen Stelle einzunehmen, daß er in der Hauptfrage die gleiche
sachliche Politik verfolgen wird, welche Salisbury zur Nicht-
anerkennung einhält hat. Aber das ist das eigentliche Ziel
der englischen Parteipolitik, daß eine Regierung möglich
von der Mehrheit aus sich selbst herausgebe und daß
diese sich nachher zum Zweck, deren Politik hängt ein
unmöglich erkaufen ist.

Es spielen in solchen Fällen drei Personen und Richt-
fragen die Hauptrolle, das Programm der Regierung ist
Rechtschaffen und erhebt sich oft im Laufe der Zeit wesent-
liche Veränderungen. Die neue Wahl einiger Gladstoner
ist offenbar nicht in dem Sinne zu verstehen, daß dadurch
die Regierungsgeschäfte Salisbury's ein Ministerium
gegeben werden soll, wie Gladstone glauben machen will,
sondern gewisse unzeitliche persönliche Wünsche haben sich
an O'Brien geäußert, was man es nicht vermuthet
hätte. Die Wahl der Gladstoner enthält keineswegs die
Wahrung an Salisbury, andere Wege in der unzeitlichen
Politik einschlagen, denn man ist sich in den nachgehenden
Zweigen Englands wohl bewußt, daß ein Verzicht auf die
Theilnahme an der Gestaltung der europäischen Verhältnisse
auch die Befreiung Englands gefährden würde. Die
Theilnahme Englands unter England und England, die Gladstone
vor einigen Jahren einmal als höchste Weisheit der englischen
Politik empfunden hatte, ist jetzt als ein unauflösliches Band
nicht erst zu schneidender Bindung anerkannt worden, und
Gladstone kann sich die Verengung im Norden von
England nach der Niederlage von St. Petersburg, welche Eng-
land ein erhebliches Stück Land eingebracht hat, gewiß nicht
als Erfolg anrechnen.

Was aber auch Salisbury von der Hand weiß, ist ein
allzu schnelles Verwerfen des Gegenstandes zwischen dem
Deutschland und Frankreich, wie es nach englischer Auffassung
sich in der Rede Crispin's in Palermo ausgesprochen hat. Der
„Standard“ drückt diese Anschauung in dem Worten aus, daß
die Rede Crispin's zu deutsch übersetzt und zu französisch
gelesen sei, und „Daily News“ zieht aus Crispin's Rede den
Schluß, daß sie ein gutes Verhältnis zwischen Italien und
Frankreich für unmöglich erklären würde. Auch Salisbury
legt Wert auf die Erhaltung friedlicher und freundschaftlicher
Verhältnisse zu Frankreich, aber nicht in dem Sinne, daß
England diese Verhältnisse auf Kosten des guten Einverständnisses
mit dem Deutschen wagen würde, im Gegentheil haben die
Organe der englischen Regierung zur Zeit der Anwesenheit
Ruders Willems in der Rede mit harem Worten gesagt, daß
in Falle eines Krieges Englands Blick auf die Seite des
Deutschlands sei. Das ist der Standpunkt, welchen Gladstone
bekämpft, weil er auf dem Grundgedanken der Nichtanerkennung
steht, welcher Grundgedanke aber von Salisbury vollständig
abgeworfen ist.

Die Wähler des Minister des Innern Matthews über-
reichten diesem vor einigen Tagen eine Petition, welche die
und der Minister bewog diesen Antrag, es offen für die
austräge Politik Salisbury's einzutreten, selbstverständlich
in der Absicht, die Bemühungen Gladstone's, diese Politik zu
verändern und als sachlich darzustellen, zu unterstützen.
Den Wählern Birmingham's gegenüber ist dem Minister das
auch gegangen, es gibt aber auch Gladstoner genug, die
mit dieser Politik nicht einverstanden sind. Der ganze Streit
ist ein Streit um Rußland, es handelt sich dabei nicht
um Rußland als ein Inbegriff. Seine englische Regierung würde
sich im Verein mit Frankreich und England den Druck
endlich gegenüberstellen, der Tod der auswärtigen Politik
Salisbury's kann also nur das Weg von Frankreich nach
beiden Seiten hin treffen. Die politischen Gegner Englands
haben das jeder die Rußland verstanden, Entscheidungen für oder
gegen eine solche auswärtige, die Entscheidung über Rußland
spielt immer in der Entscheidung, daß England der Freund
oder Feind sei. Diese Unklarheit hat ihre Begründung, aber
auch ihre Gefährlichkeit, denn bekanntlich ist der Welt-
krieg nicht nur ein Krieg, sondern ein Kampf der Welt-
macht, die die Welt beherrschen, und die Weltmacht ist
der Weltmacht der Weltmacht gegenüber.

Englands Stellungung ist hinreichend auf so sehr Grund-
lage, daß sie nicht einseitig gesehen werden könnte. Ein
Bismarck'sches in Rußland kann für England sehr
gefährlich werden, wenn nicht der Zweck der Weltmacht

überhaupt auch in Europa anerkannt wird. Gladstone hat
zur dann Aussicht, wieder zur Regierung zu gelangen, wenn
sich die europäischen Verhältnisse entschieden friedlich gestalten,
weil dann seine politischen Theorien nicht Gefahr laufen,
durch die Praxis als falsch erwiesen zu werden, andererseits
hängt aber die friedliche Gestaltung der internationalen Ver-
hältnisse in Europa wesentlich von der Parteilinie Englands
ab. Das Spiel, welches Gladstone mit den höchsten Interessen
Europas spielt, ist durchaus verwerflich, denn der große Ge-
heimrat entbehrt aller der Eigenschaften, welche dem Staats-
mann zieren. Ein Staatsmann, der seinen Weg über die
Wohlfahrt seines Vaterlandes legt, verdient allgemeine Achtung,
weil er in diesem Falle befindet sich Gladstone. In
seiner gegenwärtigen Stellung tritt sich das Streben her-
vor, sich persönlich zur Geltung zu bringen, große lebende
Geschäftspunkte für seine Politik, die auch Rußland einleiten,
hat er nie gehabt.

Leipzig, 19. October.
* Es. Majestät der Kaiser hat an den Berliner
Magistrat das nachstehende Allerhöchste Handschreiben
erlassen:
Es ist mir angenehm gewesen, wahrzunehmen, wie
während der Anwesenheit Seiner Majestät der Kaiser
von Rußland die Ordnung in den Straßen während der
Festlichkeiten der Bevölkerung bei Aufhebung der
polizeilichen Anordnungen überall eine musterhafte gewesen
ist, so daß ungeachtet des großen Verkehrs und der noch
wenigen polizeilichen Einwirkung derselben kein Unfall
zu beklagen ist. Ich spreche dem Magistrat meiner
Dank- und Anerkennung darüber Meine besondere Be-
achtung zu.
Berlin, 14. October 1889.
gez. Wilhelm K.

* Einen wahrhaft schänden Versuch, das politische
Parteienwesen in die communale Verwaltung einzuführen,
hat die Versammlung deutsch-freiwiliger
Communalwähler der Potsdamer Vorstadt in Berlin
unternommen. Sie beschloß, den bisherigen (national-
liberalen) Stadtvorstand Oeschelbacher von der Com-
munalverwaltung zu trennen, weil er in der politischen Arbeit
für die Fortschrittspartei eingetreten war. Dieser Beschluß
wurde gefaßt, obwohl selbst deutsch-freiwiliger Redner, wie
Bismarck, die verbliebenen communalen Tätigkeit des ge-
nannten Herrn, der überdies im politischen Parteistampfen
nicht herabgelassen war, anerkannt und vor einem Ein-
treten der politischen Parteien gegen die in der communalen
Verwaltung hatten. Ein so tragischer Versuch, die
communale Selbstverwaltung im Parteistampfen zu verfallen,
dürfte sich nicht leicht unternehmen werden sein.

* Das „Handwerk“ der Reichs- und Landparlamente,
Danach sind folgende jetzt bereits in 123 Wahlkreisen aufgestellt.
* Über den Entwurf des Bürgerlichen Geset-
buches hat sich unter bekannter Rechtslehrer Oeschelbacher
Prof. Dr. Windscheid bei einem Festmahl zu Ehren des
Oberlandesgerichts-Präsidenten Dr. Albrecht in Frank-
furt a. M. vor vorzigen Juristen folgendermaßen aus-
gesprochen:

„Solche unsere Hoffnungen wieder gütlich werden, sollte ein
deutsches Bürgerliches Gesetzbuch nicht auf der Grundlage des jetzt
vorliegenden Entwurfs zu Stande kommen können? Dieser Ent-
wurf, der unter dem Vorzeichen eines Rußland im Jahre
abgeschlossen ist, die an sich, positivem Sinn, Dank-
würdigkeit kann nicht anders sein. Man andere und ver-
bessere den Entwurf — ich werde „Recht nicht weiter“ und ich
weiß nicht was weiter weiter, man lese nur nicht, daß das
was man nicht mag, das Reichsrecht, welches die deutsche
Recht ist — die verschiedenen Mittel werden vollkommen
aus, um auch den Weg, „Recht nicht weiter“ gerecht
zu werden. Man mag weiter sich zum Beispiel, daß wenn das
Gesetzbuch auf Grund des vorliegenden Entwurfs nicht zu Stande
kommt, es überhört nicht zu Stande kommen. Jeder andere Ent-
wurf würde in der gleichen Weise angegriffen werden. Eine voll-
ständige Lösung der Deutschen ist nicht zu erwarten. Aber noch
erhalten, damit endlich ein deutsches Bürgerliches Gesetzbuch zu
Stande kommt. Ein einziger gesetzlicher Akt für das ganze
deutsche Volk, was nie für die Reichsversammlung die beste Lösung
bedeutet der deutschen Geschichte, denn es ist, denn wir
gerade die in ihrem Rechte zu erhalten. Aber auch die
— haben wir ein deutsches Bürgerliches Gesetzbuch, so haben wir
auch eine große deutsche Einheit, die die deutsche Nation, nicht
mehr eine deutsche, bayerische, hessische u. s. w., sondern eine
deutsche. Die verschiedenen Rechte werden auf das eine Wort
concentriert sein, und ohne eine für ein Wort nicht nach-
und nachgehende Willensfreiheit des Volkes.“

* Nach einem jüngsten Erkenntnis des Reichsgerichts hat
leider die Staatsanwaltschaft in Königsberg i. Pr. den
Versuch gemacht, den Paragraphen vom „großen Raub“
auf die Presse anzuwenden. Die (national-liberalen) „Königs-
berger Allgemeine Zeitung“ berichtet:
In den Nachrichten vom 10. October erschienen in unserer
Veröffentlichung die Herren Reichsrichter Edelheimer und Kriminal-
rath Dr. Schöler, um „auf Verleumdung des Herrn Staats-
anwalts“ — wie eine unzeitliche Verleumdung angeht — Aus-
scheidung nach einem am 27. September in unserer Sitzung erlassenen
Urteil über die Verleumdung des Herrn Reichsgerichts in
Wittenberg. Die Durchsicht unserer Verhandlungen wurde auch in der
That bewirkt und das betreffende Urtheil von den beiden
Herren unter Verlesung des Urtheils. Da wir noch nicht
haben größeres Interesse, das hier in Frage kommende Ur-
theil in der Sache selbst nicht die letzte Seite eines Urtheils zu
entwerfen vermögen, wobei uns natürlich über das Urtheil zu
sprechen Herrn Staatsanwalts — der überdies nur dann die
Anschuldigung auszusprechen hat, wenn Gefahr in Verzug ist — ge-
genüber. Sie werden sich am 11. d. M. in Erinnerung des
§. 107 der Strafproceßordnung an den Herrn Herrn Staatsanwalt
des Reichsgerichts, und über die Gründe der von uns angetragenen
Qualifikation und Verlesung anführen zu wollen. Der Re-
sultat sei nicht unter irgend welcher Verlesung ist und bis
heute — 18. October —, also nach fünf Tagen nicht zu Theil ge-
worden, weil er haben wir mittlerweile durch die Verlesung
unser Redaktionsmittheilung zur Verantwortung in Verbindung
gebracht, daß gegen uns der Herr Reichsrichter durch
die Presse (sich) einsetzt. In der Reichsversammlung
hat gegen uns gesprochen. Wir unterstützen nicht und durch die
Begründung, die das mit größte Interesse wird zu erkennen sein,
wenn, hat bekannt und bekannt und weitere Schritte gegen
sich zu thun.“

* Der Landtag des Reichs i. P. ist für den 27. October
einberufen und wird nach dem Bericht der Reichsversammlung
das Reichsrecht erlassen werden. Wegen Ver-
leumdung des Reichsgerichts, eines neuen Staatsanwalts-
gesetzes, eines Gesetzes über die Einrichtung der Gemeinden

bei Verlegung geistlicher Stellen und die Verwaltung des
Vermögens der Kirchen und Warren und einer Abänderung
der Bestimmungen über die Wahl der Gemeinderath-
glieder werden dem neuen Landtag Verlesungsbefugnisse zugewen-
det und im Etat Mittel beantragt werden für die Aufhebung
ausführender Verordnungen. Auch wird dem Landtag eine
Verlesungsbefugnisse hinsichtlich der Kirchen- und geistlichen Ein-
kommensteuer zugewen- und der Antrag auf Ermäßigung der
Grundsteuer bei Entwerfung des nächsten Etat in Erwägung
genommen werden.

* Es heißt, der Bischof von Passau habe die meiste
Achtung, der Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs von
München-Freising zu werden.

* Die ein Bericht der „Börsen Zeitung“ aus Paris
meldet, wird Fürst Ferdinand von Bulgarien bald
von dort zurückkehren, nachdem angeblich die Verhandlungen
mit seinen Verwandten zu einem günstigen Ziele geführt
haben. Über den Gegenstand der Verhandlungen schweigt
der Bericht; wenn aber von allen Erklärungen, welche für
die Reise des Fürsten gegeben sind, diejenige die wahrste-
lichste ist, daß derselbe eine Anleihe für seine Person, nicht
für den bulgarischen Staat, abzuschließen sucht, so kann es
sich bei den Unterhandlungen mit dem Herzog von Anhalt
und dem Herzog von Meiningen, Brüdern seiner Mutter,
der Herzogin Clementine, auch nur um Geldgeschäfte gehan-
delt haben. Anschlaglich wird es Ferdinand dabei die Ein-
willigung seiner vier älteren Geschwister dazu gewünscht,
die Familienmitglieder in Oesterreich-Ungarn mit einer Doppel-
steuer zu belasten. Wenn er sich schließlich zur Reise nach Paris
verleihen magte, so erbittet daraus wohl, daß er die Ein-
willigung seiner Geschwister nicht erlangt hat.

* In der in Lissabon veröffentlichten amtlichen Mit-
theilung über das Befinden des Königs von Portugal
wird die Krankheit, an der der König seit mehreren Wo-
chen leidet, als Neuralgie erklärt — wir folgen hiermit
einer Deutung der „Times“ — bezeichnet. Der König
bald in Folge dieser Krankheit jede Fähigkeit verlieren, sich zu
bewegen. Der letzte ärztliche Bericht spricht von einer Ver-
letzung des Rückenmarks. Nach dem Tode seines Bruders,
des Herzogs von Coimbra, hatte man den König für die
Angelegenheit in einem geheimen Hofe in Lissabon
nicht aus seinem Palast in Lissabon nach Lissabon
in der Hoffnung, daß die Gestalt einen günstigen Einfluß
auf seinen Zustand ausüben werde. Der Cardinal Relo,
Patriarch von Portugal und päpstlicher Nuntius, hat dem
König bereits die Sterbesanträge gerichtet und die päpst-
lichen Segen gesendet. Als dies geschah, hatte der König
seine Befinnung noch nicht verloren.

* Der Gesundheitszustand Bismarck's macht den
englischen Zeitungsleuten viel zu schaffen. Entgegen den
letzten Tage verbreiteten Nachrichten sagt jetzt kein Adocat,
daß sich Bismarck der vorerwähnten Gesundheit erfreut, obwohl
er unruhige Anstrengungen vermeidet. Es unterliegt keinem
Zweifel, daß er in der nächsten Session des Parlamentes auf
seinem Posten sein und recht lebhaft Theil an den Debatten
des Hauses nehmen werde. — Der Sprecher des Unter-
hauses, Sir Arthur Peel, hat sein mißliches unvor-
bereitet Amt hergibt, aber das starke Willensgeheim
ist, nicht zurückzutreten, wenn der Stand seiner Gesundheit
es irgend zuläßt. Ein absehbarer Sprecher hat allerdings
seine beabsichtigte Absicht. Die Parlaments- und ein Verlesung
von 4000 Mtl. (50 000 M.) können wohl ein bequemes Alter
gestehen.

* Der neue Lordmayor von London, Sir Henry
Jackson, ein Doroit, ist sich entschlossen, in dem Auftrag
an den Lordmayor, der diesmal auf einen Sonnabend fällt,
zu früh zu gehen, anstatt in der vergeblichen Standes-
lehre, weil das Rudern am Sonnabend in den Augen ver-
heerter Juden eine Sabbathverletzung ist und er den jüdischen
Einwohnern seines Bezirks kein Vergehen begangen will. Da
das Stadtkollegium gegen diesen Vorfall Einspruch
erhebt, so wird Sir Henry nur während des Lungen in den
von Israeliten bewohnten Straßen seines Bezirks gehen, in
den übrigen aber fahren.

* In London ist eine japanische Commission an-
genommen, welche im Auftrag des japanischen Departement
in Tokio alle Hauptstädte Europas besuchen soll, um
die parlamentarische Verfassung der ver-
schiedenen europäischen Staaten zu studieren. Das ge-
samelte Material soll alsdann für eine Veröffentlichung
des neuen japanischen Parlamentes verwendet werden.
* Bismarck ist in beständiger Leibes, doch ist nichts
Befürwortendes vorhanden. Es wäre ein großer Schloß
für ganz China, ihn zu verlieren, jetzt gerade, wo China sich
durchgreifenden Reformen zuwenden beginnt und die
Voraussetzungen des Erfolges vorliegen zu sehen. — Die
endgültig beschlossene Sibirische Bahn erweist viel Beforgnis
in Berlin. Es sind bereits dem Kaiser von mehreren Seiten
„Memorials“ eingereicht worden über die Nothwendigkeit von
Bahnen durch die Randländer an den Russen. Leider ist kein
Geld für solche Unternehmungen vorhanden.

Zur parlamentarischen Lage.

* Wenige Tage nur trennen uns noch von der Ver-
sammlung der Reichstagsfraction. Man wird die Reichs-
tagsmitglieder wohl kaum zu ermahnen brauchen, sich recht-
zeitig und vollständig zu den Sitzungen einzufinden. Es werden
wohl schon zu Beginn der Session, bei der Statberathung,
mancherlei wichtige Entscheidungen, insbesondere auf mit-
telständischen und colonialpolitischen Gebiet, zu treffen sein, und
lange wird allem Wohlsein nach und die Socialistenverle-
nung nicht auf sich warten lassen. Es wird auch manchen
Angriff und manchen unbilligsten Angriff der Oppo-
sitionsparteien abzuwehren geben. Die Hauptrolle der
Wahl, welche die national-liberalen und regierungstreuen
Parteien besetzen, macht es diesen ganz besonders zu
Pflcht, sich vollständig auf dem Posten zu sein. Es erhält
sich auch die Hoffnung, daß die Session aus eines verhält-
nismäßig kurzen Zeitraumes bestehen wird, mag sie nun schon
der Weisheit halber geschlossen werden können oder nach der
Januar in Berlin zusammen kommen müssen. Der Rück-
kehr des Reichstags nach dem Reichstagsantritt wird
Ende November oder Anfang December entgegenzusehen; ver-
muthlich wird man in jeder Zeit die Entscheidung über das
Socialistengesetz getroffen werden.